

Innenstadt-Gipfel der grünen Bundestagsfraktion
am 11.11.2020 in Berlin

SO RETTEN WIR UNSERE INNENSTÄDTE!

*Gemeinsamer Forderungskatalog an die Bundesregierung von
Katrín Göring-Eckardt MdB, Stefan Genth (HDE),
Ingrid Hartges (DEHOGA) und Olaf Zimmermann (Dt. Kulturrat)*

Gemeinsamer Forderungskatalog

So retten wir unsere Innenstädte!

11. November 2020

Innenstädte und Ortskerne sind das Herz einer jeden Stadt. Sie sind Orte der Begegnung, versorgen Menschen mit einer Vielzahl von Waren und Dienstleistungen, bieten kulturellen Austausch und geben dem Leben einer Stadt eine Bühne.

Dabei wirken sie weit über die eigentlichen Ortsgrenzen hinaus: Wer auf dem Land wohnt, fährt zum Shoppen, zum Kaffeeklatsch mit Freundinnen oder zum Bummeln „in die Stadt“.

Innenstädte sind darum nicht nur der Schmelztiegel unserer Gesellschaft, sie sind auch wichtige Wirtschaftstreiber. Oder vielmehr: Sie waren es. Denn unsere Innenstädte und Ortskerne sind in einer tiefen Krise.

Viele Einzelhändler, kulturelle Einrichtungen und soziale Initiativen befinden sich aufgrund steigender Mietkosten oder übermächtiger Onlinekonkurrenz schon seit Jahren in einem andauernden Existenzkampf. Händler, Gewerbetreibende, Gastronomie und sogar große Kaufhäuser: Wer es bis heute geschafft hat, ist jetzt durch die Corona-Krise und die damit verbundenen Shutdowns akut gefährdet.

Weder für die strukturellen Probleme noch für die akute Krise der Innenstädte hat die Bundesregierung bisher befriedigende Antworten gefunden.

Augenscheinlich fehlt es dem Kabinett an Problembewusstsein: Bauminister Seehofer ist abgetaucht, Wirtschaftsminister Altmaier legt bei Runden Tischen Vorschläge vor, die erst in 1,5 bis 2 Jahren greifen. Justizministerin Lambrecht bleibt eine rechtliche Lösung zur Neuverhandlung von Gewerbemieten in der Pandemie immer noch schuldig.

Das ist angesichts der Schließung dutzender Kaufhof- und Karstadt-Warenhäuser, zunehmend leerer Schaufenster und 50.000 bedrohter Einzelhändler*innen bzw. massiv bedrohter Hotel- und Gaststättenbetriebe nicht hinnehmbar. So fürchten nach der erneuten Schließung aktuell 70 Prozent der Hotels und Gaststätten um ihre Existenz, so eine Branchenumfrage.

Es geht um wirtschaftliche Existenzen, kulturelle Vielfalt und für viele auch darum, ein Stück Heimat zu retten. Dafür braucht es Nothilfe und strukturelle Reformen.

Jetzt ist die Zeit zu handeln!

Zehn Forderungen an die Bundesregierung zur Rettung der Innenstädte

1. Hilfsprogramme sofort entbürokratisieren

Damit der zweite Shutdown den vielen kleinen Unternehmen in Innenstadtlagen wirtschaftlich nicht endgültig das Genick bricht, müssen Hilfen aus bestehenden und neuen Programmen schneller ankommen und einfacher zugänglich sein, als das bisher der Fall ist.

Wir fordern die Bundesregierung auf, **Hilfsprogramme zu entbürokratisieren, Antragshürden zu senken**, den Weg für einen **Unternehmerlohn** endlich freizumachen und Lösungen für **Selbstständige und Betriebe zu entwickeln, die bisher durchs Raster fallen**, etwa weil sie zu geringe Gewinnmargen haben.

2. Rechtssicherheit und mehr Flexibilität bei Gewerbemieten

Wenn Unternehmen aufgrund behördlicher Anordnungen und zum Schutze von uns allen ihre wirtschaftliche Tätigkeit temporär reduzieren müssen, darf die Miete nicht zur Existenzgefahr werden.

Eine **vertragliche Neuanpassung der Miethöhe** muss angesichts der wirtschaftlichen Auswirkungen dieser außergewöhnlichen Krise rechtssicher möglich gemacht werden. Die Kündigung bei coronabedingten Zahlungsschwierigkeiten muss erneut für sechs Monate ausgesetzt, Nachzahlung ermöglicht und auch Darlehensverpflichtungen müssen bei Bedarf angepasst werden. Kleingewerbe und soziale Einrichtungen müssen zudem durch ein **neues Gewerbemietrecht** besser geschützt werden.

3. Lokalen Handel und Kultur vor Ort zielgenau unterstützen

Um die wirtschaftliche Erholung bei verbesserter Pandemielage wieder anzuregen, muss die Bundesregierung jetzt ein Konzept für **Kauf-vor-Ort-Gutscheine** entwickeln, mit denen der lokale Einzelhandel, die Gastronomie oder kulturelle Einrichtungen unterstützt werden können und die nur offline einlösbar sind.

Außerdem braucht es erheblich mehr Anstrengung, um die Produktionskapazitäten von **Schnelltests** zu erhöhen, die für wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben in einer Vielzahl von Feldern nötig sein werden.

Damit es sich für Unternehmen rentiert, große Mengen von Schnelltests kurzfristig zu produzieren, muss die Bundesregierung die Abnahme der Tests in einem ausreichenden Umfang garantieren und europäisch koordinieren. Das späte Handeln der Bundesregierung bei der Maskenbeschaffung darf sich bei den Schnelltests nicht wiederholen.

4. Einen Städtebaunotfallfonds mit 500 Millionen Euro auflegen und Leerstand bekämpfen

Damit Kommunen gezielt Immobilien ankaufen und aus ungenutzten Flächen und Leerstand frische Ideen entstehen können, muss die Bundesregierung einen neuen **Städtebau-Notfallfonds** mit einem Volumen von einer halben Milliarde Euro ins Leben rufen. Sie muss die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zu einem **gemeinnützigen "Bundesbodenfonds"** weiter entwickeln und den Zugang zu weiteren Fördermitteln vereinfachen. Bei fehlenden kommunalen oder Landesfinanzen müssen **Kofinanzierungsanteile** reduziert werden können.

5. Kultur retten für Kreativität und Vielfalt

Nicht nur gegen das Ladensterben, sondern auch gegen die kulturelle Verödung muss stärker angekämpft werden. Kunst und Kultur sind zentrale Pfeiler unseres gesellschaftlichen Lebens, sie bringen Vielfalt und Leben in die Innenstädte. Sie bieten kreative Möglichkeiten für den dringend erforderlichen gesellschaftlichen Diskurs.

Mit einem aufgestockten **Kulturrettungsfonds** müssen Kulturschaffende und die Veranstaltungsbranche unterstützt werden. Die **Kulturförderpolitik** von Bund, Ländern und Kommunen muss so modernisiert werden, dass kreative Projekte und Tätigkeiten, die in der Krise entwickelt wurden, in den Kulturhaushalten abgebildet und Innovationen für einen pandemiesicheren Kulturbetrieb gefördert werden. Zur Unterstützung der Clublandschaft muss endlich ein **Schallschutzfonds für Kultureinrichtungen** auf Bundesebene eingerichtet werden. Dieser soll Einrichtungen in Kommunen und Ländern dienen, in denen solche Fonds noch nicht existieren.

6. Bessere Verkehrskonzepte und Grünflächen für mehr Aufenthaltsqualität in Innenstädten und Ortskernen

Wir fordern den Bund auf, zusammen mit Ländern und Kommunen einen **gemeinsamen Aktionsplan für eine bessere Fußverkehrs- und Radinfrastruktur** in den Städten, an den Straßen und zwischen Gemeinden auf den Weg zu bringen, ein Bundesprogramm zur Errichtung von **Fahrradparkhäusern** an Knotenpunkten und zum Aus- und Umbau von Bahnhöfen zu Mobilitätsstationen aufzulegen. Um die Lebensqualität und Umweltgerechtigkeit in Städten zu erhöhen, braucht es ein **800-Millionen-Euro-Investitionsprogramm um Städte zu begrünen** und sie gleichzeitig auch besser gegen die Folgen der Klimakrise zu wappnen. Mehr Grünflächen, Parks, Dach- und Fassadenbegrünung, Flächen für Urban Gardening – andere Städte in Europa zeigen längst, wie es geht.

7. Digitalisierungsoffensive für den lokalen Handel

Dass die Bundesregierung den lokalen Handel beim Auf- und Ausbau digitaler Angebote unterstützen will, ist zu begrüßen. Es braucht jedoch mehr Anstrengungen als das. Ein schneller **Breitband-Internetanschluss** muss Kern der öffentlichen Daseinsvorsorge sein – vom Privathaushalt, über Schulen bis zu Unternehmen.

Im Rahmen der Städtebauförderung sollen 290 Millionen Euro für **Smart Cities Projekte** bereitgestellt werden, um Digitalisierungsinitiativen auszubauen. Auch außerhalb von Großstädten braucht es eine Förderung beim Auf- und Ausbau digitaler **regionaler Plattformen**, mit denen der lokale und regionale Handel gestärkt wird. Mit einem Gesetz gegen **Wettbewerbsbeschränkungen** soll die Marktmacht von Online-Giganten begrenzt und kleineren Unternehmen auch online eine faire Chance gegeben werden.

8. Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen und sichern

Damit Innenstädte lebendig bleiben und sich dort angesiedeltes Gewerbe halten kann, braucht es genügend Menschen, die in Innenstädten auch wohnen und leben. Deshalb braucht es wirksame lokale **Mietenlimits**, die bezahlbaren Wohnraum in Innenstädten sichern.

Die Bundesregierung muss eine **neue Wohngemeinnützigkeit** einführen und mit Hilfe der Bundesförderung eine **Million günstige gemeinnützige Wohnungen** in unseren Städten schaffen und binden. **Wohnen in Innenstädten**, in sogenannten „Kerngebieten“, muss regelmäßig statt nur ausnahmsweise ermöglicht werden, und angesichts des aktuellen Shutdowns braucht es auch für den Wohnungsmarkt erneut eine Verlängerung des **Kündigungsschutzes** und längere Zahlungszeiträume.

9. Kommunen entschulden und kommunale Handlungsspielräume erweitern

Die Bundesregierung muss auf Basis der nächsten Steuerschätzung mit den Ländern weitere Hilfen prüfen und diese dann gemeinsam mit ihnen schnell umsetzen, um die **Handlungsfähigkeit der Kommunen** auch nach 2020 zu sichern.

Bund und Länder sollen auch über das Jahr 2020 hinaus die coronabedingten Mindereinnahmen der Kommunen bei der **Gewerbesteuer** ausgleichen und die bereits beschlossenen Hilfsprogramme des Bundes auch **kommunalen Unternehmen** zugänglich machen.

Angesichts der Schwere der aktuellen Krise müssen die **Laufzeiten und Fristen** von kommunalen Förderprogrammen verlängert werden.

10. Eine verlässliche Perspektive für das Wiederhochfahren von Wirtschaft und Gesellschaft

Die Bundesregierung muss die Zeit des Shutdowns nutzen, um eine verlässliche Perspektive zu entwickeln, wie es ab dem 1. Dezember weitergeht. In vielen Bereichen fehlt es an vorausschauender Planung. Für den Einstieg in den Ausstieg aus dem Shutdown braucht es **klare Kommunikation** und einen **nachvollziehbaren Stufenplan**, bei welchen Inzidenzwerten welche Branchen unter welchen Bedingungen wieder hochfahren können. Nur so können sich Unternehmen und Selbstständige jetzt weiter vorbereiten, anstatt vom einen auf den anderen Tag im Unklaren gelassen zu werden oder erst kurz vor dem Anziehen oder Lockern von Beschränkungen davon zu erfahren.

Die Bundesregierung muss die Pandemiepolitik zudem auf eine stärker wissenschaftlich fundierte Grundlage stellen und **mehr Studien** durchführen lassen, in welchen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens die höchsten Gefahren für Ansteckungen bestehen. Bereiche, in denen eine geringe Ansteckungsgefahr besteht, sollten frühzeitig wieder geöffnet werden oder direkt geöffnet bleiben.

Katrin Göring-Eckardt MdB, Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, Fraktionsvorsitzende

Stefan Genth, Handelsverband Deutschland (HDE), Hauptgeschäftsführer

Ingrid Hartges, DEHOGA Bundesverband, Hauptgeschäftsführerin

Olaf Zimmermann, Deutscher Kulturrat, Geschäftsführer